

Höchstverdiener tragen schon jetzt 40% der Steuerlast

Utl.: Ohne grundlegende Staatsreform kein ausgeglichener Haushalt =

Wien (OTS) - "Wenn 5% der Steuerpflichtigen 40% des Gesamtabgabenvolumens schultern, während 2,6 Mio. keine Beiträge leisten, kann man nicht in eine Gerechtigkeitsdebatte abtauchen," formuliert Stephan Blahut, Generalsekretär des Österreichischen Gewerbevereines (ÖGV), den stetig steigenden Unmut der Unternehmer über eine Regierung, die bei wesentlichen Vorhaben, trotz wahlfreier Zeit, untätig bleibt. "Seit Jahrzehnten ist nicht möglich, notwendige und substanzielle Reformen auf den Weg zu bringen, aber wenn es um das Erfinden neuer Steuern und deren Verteilung geht, ist uns kein Verhandlungsmarathon zu schwierig. Wir müssen endlich aufhören alles in Wahlzuckerl-Kategorien einzuteilen, sonst verspielen wir tatsächlich noch die Zukunftschancen und damit den Wohlstand unseres Landes."

"Bei einer Gesamtabgabenquote von 43% des Bruttoinlandsproduktes überweisen die österreichischen Steuerzahler heuer etwa 130 Milliarden Euro an Steuern und Sozialversicherung an die Republik und ihre Subkulturen. Dieser Betrag reicht aber trotzdem nicht aus, um ausgeglichen zu bilanzieren", sagt ÖGV-Generalsekretär Stephan Blahut. "Auch 2011 werden wir gemeinsam wieder etwa 9 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen. Das sind 25 Millionen Euro Tag für Tag. 365 mal, auch sonn- und feiertags."

Die Frage, die sich primär stelle, sei: "Wieso kommt die Republik nicht und nicht mit ihren Einnahmen aus?" Um dies zu beantworten könnte man auch versucht sein, die Aufgaben, die Strukturen, die Abläufe zu überprüfen, Sinnvolles und Notwendiges zu identifizieren und schlussendlich Sanierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen abzuleiten. Und umzusetzen. Doch was tun unsere 10 geschätzten Regierungen, unsere knapp 100 Minister und Landesräte? Sie geben Expertisen in Auftrag und legen die Empfehlungen dann in einer Schublade ab. Um steten Tatendrang vorzutäuschen, befassen sie umgehend eine neue Expertenrunde. Blahut: "Oberste Maxime, neben der Absicherung der eigenen Wiederwahl, ist es, nur ja keine Klientel durch notwendige Einschnitte zu vergrämen. Da nehmen wir lieber immer neues Geld auf, erringen ganz bequem jedes Jahr einen neuen Schuldenhöchststand. Heute schon übersteigt die Zinslast der

angehäuftes Schulden das Gesamtdefizit. Das ist fahrlässig und riskiert unseren Wohlstand."

Der Erfindungsreichtum in Sachen neue Steuern und Abgaben ist seit Jahrzehnten gut antrainiert. Auch den aktuellen politischen Playern scheint er ins Blut übergegangen zu sein. Aktuelles Highlight: Die Vermögenssteuer, wohlgerneht als Substanz vermindemde Steuer, nicht bloß eine auf Zugewinne. Das zugehörige Totschlagargument lautet sinngemäß, die Reichen mögen endlich auch einmal irgendetwas beitragen.

"Allein es stimmt nicht. Die ganze Diskussion soll offenbar dazu dienen, vom eigenen Unvermögen abzulenken. Die Steuerstatistik spricht nämlich eine andere Sprache: Jene 5% der Einkommensbezieher, die bereits heute in die höchste Steuerklasse fallen, berappen über 40% der Staatseinnahmen. In der selben polemischen Art, die uns von der Staatsspitze täglich aufgetischt wird, könnte man diesen Großsteuerzahlern nun jene 40% der Lohn- und Einkommensbezieher gegenüberstellen, die gänzlich von Steuern und großteils auch von den sozialen Abgaben befreit sind, gegenüberstellen," hält Blahut den Proponenten der Reichensteuer den Spiegel vor.

"Statt nach neuen Steuerquellen Ausschau zu halten, um noch mehr Milliarden in einen bodenlosen Staatshaushalt zu stecken, müssen die vielen zäh verhinderten Reformen umgesetzt werden. Hier sind jene Gelder auch tatsächlich zu finden, die wir für die Finanzierung eines zukunftsorientierten Staates und die Förderung von Zukunftstechnologien dringend benötigen. So ganz nebenbei erlauben uns die freigeschaufelten Summen auch die Staatsschulden rasch auf vertretbares Niveau zurückzufahren und mittelfristig Steuersenkungsprogramme zu diskutieren", verdeutlicht Blahut die tatsächlich notwendigen Maßnahmen und schließt:

"Der Beitrag der Steuerzahler ist hoch genug, um erwarten zu können, dass damit ausgewogen gearbeitet wird. Eine Gerechtigkeitsdebatte auf dem Rücken der Spitzensteuerzahlern auszuleben, ist dabei aber nicht nur sachlich falsch, sie ist auch aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen kurzsichtig. Wenn wir weiter Luftschlösser bauen, wird das Fundament unseres Wohlstandes wegbrechen."

Rückfragehinweis:

~

Österreichischer Gewerbeverein
Mag.(FH) Stephan Blahut
Generalsekretär
Tel.: +43 676 8287 8888
mailto:s.blahut@gewerbeverein.at
www.gewerbeverein.at
Büro: +43 1 587 3633

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4201/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0002 2011-09-06/06:00

060600 Sep 11

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110906_OTS0002